Nr. 449 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 87

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Bestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 1.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 9. September 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Joffe fährt nach Riga.

London, 9. September. (Reuter.) Die russische Delegation in London hat mitgeteilt, daß die bolschewistische Friedensdelegation sich unverzüglich nach Riga begeben wird. Die lettische Regierung hat Garantien für die Immunität der gesamten Mission gegeben.

Abreise der polnischen Delegation am Sonntag.

Warschau, 9. September. (TU.) Nach einem Beschlusse des Ministerrates werden sich die polnischen Delegierten am Sonntag, den 11. September, nach Riga begeben. Außenminister Sapieha wird voraussichtlich erst Ende der nächsten Woche nach Riga fahren.

•

In Warschau ist ein ernster Konflikt bezüglich der Friedensbedingungen ausgebrochen, der bisher nur im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des polnischen Parlamentes ausgetragen wurde: die polnischen Nationalisten wollen den militärischen Sieg auch diplomatisch voll ausnützen und fordern eine Grenzlinie, die weit über die sogenannte Curzonlinie hinausgeht. Ein Kesseltreiben gegen die Regierung Pilsudski-Sapieha, die für Mäßigung und Befolgung der Londoner und Pariser Ratschläge eintritt, ist im Gange. Nach TU.-Meldungen aus Warschau verschärft sich dieser Konflikt immer mehr.

Rußlands Antwort auf Balfours Note.

Paris, 9. September. Wie der „Matin" aus London meldet, hat die russische Delegation die Antwort auf die letzte Note Balfours bekanntgegeben. Die Antwort sei sehr maßvoll gehalten und beklage sich über die plötzliche Aenderung in der Haltung der englischen Regierung. Es scheine, daß Balfour unter dem Eindruck stehe, in der militärischen Lage zwischen Rußland und Polen sei eine radikale Aenderung eingetreten. Was in Wirklichkeit geschehen sei, sei, daß eine militärische Teilunternehmung nicht geglückt sei. Die Kräfte Rußlands, verglichen mit denen Polens, seien dieselben wie vorher. Wenn also die englische Regierung vor drei Wochen anerkannt habe, daß Rußland als Sieger das Recht habe, seine Bedingungen aufzuerlegen, so sei die Lage weiter unverändert. — Die Note schließt mit einem begeisterten Lob der Sowjeteinrichtungen.

Das Ergebnis der Baltischen Staatenkonferenz.

Kopenhagen, 9. September. Das Lettische Pressebureau meldet unter dem 7. September aus Riga: Gestern wurde die Konferenz der baltischen Staaten in Riga beendet. Die Konferenz faßte auf ihrer letzten Sitzung den Beschluß, einen dauernden Bevollmächtigtenrat zu errichten, der seinen Sitz in Riga haben soll. Präsident Ulmanis hob in seiner Abschiedsrede hervor, zwischen den baltischen Staaten sei eine politische Annäherung erfolgt, die als das Hauptergebnis der Konferenz gelten müsse.

Die litauische Regierung übersiedelt nach Wilna.

Kowno, 9. September. (WTB.) Wie das Litauische Pressebureau mitteilt, wird die litauische Regierung ihren Sitz in den nächsten Tagen nach Wilna, der Hauptstadt Litauens, verlegen.

Warschauer Heeresbericht.

Warschau, 9. September. Generalstabsbericht der polnischen Armee vom 8. September. An der litauischen Front ist — außer kleineren Zusammenstößen unserer Reiterei mit litauischen Fußtruppen — die Lage unverändert. Die Bürger der wiedereroberten Stadt Lipsk bestätigen einmütig die Zusammenarbeit der Litauer mit den Bolschewisten. Im Bereich südlich von Grodno besetzten unsere Abteilungen Krynki. Auf der Bug-Linie, von Brest bis Grubeschow und von Przemyslany griff der Feind unsere Stellungen neuerlich an; die Angriffe wurden abgewiesen. Die im Bereich von Chodorow durchgeführte Gegenoffensive führte zur Einnahme Knihynicze und zur Ueberschreitung des Flusses Swirz. Unsere Abteilungen gehen in der Richtung auf die Gnila Lipa vor.

Die Verhandlungen von Stresa.

Rom, 9. September. (TU.) Wie aus Stresa gemeldet wird, bezog sich die Besprechung der dort versammelten Sachverständigen auf folgende Punkte: 1. Die gegenseitige Mitteilung der für die Ankäufe von Waren anzuwendenden Methoden. Im allgemeinen wurde festgestellt, daß hierüber keine ernsten Interessenkonflikte bestehen. 2. Die konkrete Bestimmung sowohl der Bedürfnisse Deutschlands als auch der Lieferungen, die Italien eventuell auf seine Rechnung ausführen könnte, wodurch die Ausführung der in Spa getroffenen Abmachungen gesichert und gleichzeitig den legitimen Interessen Italiens Rechnung getragen würde.

Die italienische Bewegung flaut ab?

Die „Dena" meldet aus Rom: Alle Nachrichten über die Arbeiterbewegung lassen erkennen, daß die Arbeiter beginnen, der Sowjets überdrüssig zu werden. Man erwartet Ende der Woche die entscheidende Krise, da niemand die Arbeiter bezahlen will. Der „Avanti" hat sich mit dem Scheitern der Bewegung bereits abgefunden. Inzwischen werden aus Turin und Triest neue Zusammenstöße gemeldet, bei denen 8 Personen getötet und 3 verwundet wurden. Man verlangt im allgemeinen, daß das Parlament von seinem Recht des Zusammentretens aus eigenem Entschluß Gebrauch mache.

Aus Turin wird gemeldet, daß kürzlich zwei Flugzeuge über der Stadt erschienen, die revolutionäre Fluggettel abwarfen. Zwei Militärflugzeuge mit Offizieren stiegen auf, um diese Maschinen zu verjagen. Es stellte sich heraus, daß die Führer der beiden revolutionären Flugzeuge des Fliegens kundige Arbeiter der „Ansaldo-Flugzeugwerke" waren, die auf diese Weise ihre revolutionäre Propaganda verbreiteten. Der „Secolo" dementiert das Gerücht, daß Giolitti wegen der ernsten Lage infolge des Metallarbeiterstreiks nach Rom zurückkehren wolle und schreibt: Giolitti werde erst kurz nach der Zusammenkunft von Aix-les-Bains zur Eröffnung des Senates am 15. September nach Rom zurückkehren.

Die Erdbebenkatastrophe in Italien.

Viele Hundert Todesopfer.

Paris, 9. September. Nach Meldungen aus Rom sind in der Provinz Florenz 200 Personen bei dem Erdbeben getötet und über 800 verletzt worden. Im Distrikt Spezia spricht man von mehreren Hundert Toten. Die Bewohner kampieren auf dem Lande im Freien, da sie neue Erdstöße befürchten.

Die Bergarbeiterforderung gerecht.

London, 9. September. (WTB.) Der Gewerkschaftskongreß in Portsmouth nahm einstimmig eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß die Forderungen der Bergarbeiter angemessen und gerecht seien und daß ihnen sofort stattgegeben werden müßte.

Die Regierung verhandelt wieder.

London, 9. September. (TU.) Handelsminister Torne forderte den Führer der Grubenarbeiter, Smillie, zu einer Konferenz über die Lage im Grubenarbeiterkonflikt auf, nachdem der Sekretär des Gewerkschaftskongresses den Minister um Aufklärung über die ministerielle Erklärung, daß vielleicht eine Verhandlungsgrundlage gefunden werden könne, ersucht hatte.

Paris, 9. September. Nach einer „Matin"-Meldung aus London hat sich Lloyd George bereiterklärt, die Delegierten der Bergarbeiter zu empfangen, falls sie Wert darauf legen sollten. Die Lage wird wegen der heutigen Besprechungen etwas günstiger beurteilt.

Bergarbeiterbewegung auch in Belgien.

Brüssel, 9. September. (Meldungen des Hollandsch Nieuws-Bureaus.) Die Grubenarbeiter im Borinage fordern eine neue Lohnerhöhung von 25 Prozent und die sofortige Einführung von drei Achtstundenschichten täglich. In mehreren Gruben sind die Aufforderungen an die Arbeiter, die Arbeit niederzulegen, schon ergangen.

Unterwegs nach Georgien.

Genosse Kautsky ist in Rom leicht erkrankt und verpaßte den Anschluß zum Dampfer, mit dem die internationale sozialistische Studienkommission am 4. d. M. aus Taranto nach dem georgischen Hafen Batum (am Schwarzen Meere) abgereist ist. Vom georgischen Gesandten Dr. Achmeteli, der aus Rom in Berlin eingetroffen ist, erfahren wir, daß Kautsky sich unterdessen erholt hat und am 15. d. M. Rom verläßt, um am 18. von Taranto die etwa neuntägige Seereise nach Georgien anzutreten. Genossin Luise Kautsky begleitet ihn.

Die Mitglieder der Studienkommission sind alle am 4. von Taranto abgereist. Es sind dies: Macdonald, Snowden, Shaw, Vandervelde, de Brouckère, Huysmans, Renaudel und noch zwei Franzosen. Es begleitet sie u. a. der frühere sozialdemokratische Dumadeputierte Skobelew, der Minister in der Regierung Kerenski war und jetzt im Dienste der georgischen Regierung steht.

Krach bei den Bremer Unabhängigen. In der Bremer U. S. P. sind schwere Konflikte ausgebrochen. In der Mitgliederversammlung ließ man den gefeierten Führer und Reichstagsabgeordneten Henke nicht zu Worte kommen, sondern schrie ihn nieder. Die Versammlung wurde von den teilnehmenden Mitgliedern selbst für aufgelöst erklärt.

Vergessen!

Die Kriegszermalmten in Berliner Lazaretten.

Von den elendesten und verzweifeltsten Opfern des Krieges handeln diese Zeilen, von Dingen, die schlechthin so entsetzlich sind, daß die Sprache keine Worte dafür hat. Aber wenn es Menschen gibt, die solcherlei Leiden an ihrem Körper tragen müssen, dann darf der übrigen Mitwelt wenigstens zugemutet werden, daß sie davon liest und nicht Augen und Ohren gegen Dinge verschließt, die jeder Mensch in Berlin wissen sollte — und kein Mensch weiß.

Wieviel Berliner ahnen überhaupt, daß es noch ca. 20 Lazarette in Berlin mit über 2000 Insassen gibt, gefüllt mit Opfern des nun schon seit fast zwei Jahren beendeten Krieges? Und wieviele von denen, die es wissen, haben sich jemals die Frage vorgelegt, wie der Körper eines Menschen aussehen muß, der nach zwei-, nach drei-, nach fünf- und sechsjähriger Behandlung noch immer nicht entlassen werden kann, obwohl bei der Entlassung der Kriegsbeschädigten alles andere als zimperlich verfahren wird. Das sind keine Kriegsbeschädigten mehr, das sind die Kriegszermalmten! In der Stille abgelegener Lazarette fristen sie ein einförmiges Dasein. Mitunter kommt auf der Straße ein Zug vorbei: schwarz-weiß-rote Fahnen, Hakenkreuze, Musikkapellen, deutschnationale Tannenberg- oder Sedanfeier. Aber keinem von den Patrioten, die den Krieg verherrlichend breitspurig und gebläht vorübertrapsen, fällt es ein, daß er das Gorgonenhaupt des Krieges leibhaftig erschauen könnte, wenn er nur einen Blick hinter die Lazarettmauer werfen wollte. Freilich, was da zu sehen ist, würde die Hurrastimmung und den Phrasentaumel wie eine Stichflamme fressen. Um die Kriegszermalmten macht der patentierte Patriotismus einen weiten Bogen. Er zuerst hat sie vergessen, denn sie stören ihn.

Die Lazarettkommission, die von den Berliner Lazarettinsassen als ihre Vertretung gewählt worden ist, hatte mich zu einem Besuch mehrerer Lazarette eingeladen, um dort die Lage und die Wünsche der Kriegszermalmten kennen zu lernen. Die Studienreise begann in dem Versorgungslazarett Thüringer Allee, das in einsamer Verlassenheit weit draußen in Westend liegt und doch verdiente, ein Wallfahrtsort aller empfindenden Menschen zu werden, denn dort liegen die Menschen, denen der Krieg das edelste und schönste des menschlichen Aussehens genommen hat — so schaurig es sich ausspricht: Menschen ohne Gesicht.

Auf die Bitte der Lazarettkommission tritt in das kleine Geschäftszimmer, das ihr dort eingeräumt ist, ein Mann, der quer über die Mitte des Gesichts eine Binde trägt. Er nimmt sie ab und ich starre in ein kreisförmiges Loch von der Größe eines Handtellers, das von der Nasenwurzel bis zum Unterkiefer reicht. Das rechte Auge ist zerstört, das linke halb geschlossen. Während ich mit dem Mann rede, sehe ich das ganze Innere seiner Mundhöhle offen vor mir liegen: Kehlkopf-, Speiseröhre, Luftröhre, wie bei einem anatomischen Präparat. Selbst wer Schlachtfelder gesehen hat, kann den Anblick schwer ertragen. Aber was ist das für ein seltsam behaarter Fleischklumpen, der lose an ein paar Sehnen und Bändern wie ein Glockenklöppel in dem Hohlraum pendelt? Man erklärt es mir: eine verunglückte Nase, die dem Unglücklichen eingesetzt werden sollte. An der linken Schläfe wurde das Stück mit einem Knochenansatz abgemeißelt und in die Höhlung verpflanzt. Aber weil es Kopfhaut war, bedeckte sich die Nase, kaum eingewachsen, mit dichtem Haarwuchs. Sie mußte wieder losgelöst werden und soll durch ein anderes Stück ersetzt werden. Dieser Prozeß wird noch wahrscheinlich fünf Jahre dauern. Noch fünf Jahre! Einstweilen hat der Mann seine achtzehnte Operation überstanden.

Aber das ist kein Rekord. Bald darauf lerne ich Leute mit 30 und 36 überstandenen Operationen kennen. Beim Eintritt eines von ihnen fahre ich unwillkürlich zurück. Ein fürchterlicher Schweinsrüssel, wie ihn die Phantasie eines Höllenbreughel nicht ausfinnen konnte, springt aus seinem Gesicht vor. Die Oberlippe ist dem Mann zu einem Kreis zusammengeschnürt worden, um daraus das Fleisch für eine Unterlippe zu gewinnen, die er samt dem Kinn verloren hat. Dann einer ohne Unterkiefer, der kaum lallen kann, ein Mensch, dessen Gesicht beim Munde aufhört. . . .

Einer, dessen zerschmetterter Unterkiefer schon ziemlich wiederhergestellt ist, zieht sich vor mir aus und zeigt mir die Narben an beiden Hüften, den Schienenbeinen usw., wo die Knochensubstanz für den neuen Kiefer aus seinem eigenen Körper entnommen wurde. Er hat — wie die meisten andern — seine 19 Operationen, die meist 2 bis 3 Stunden dauern, ohne Narkose an sich vollziehen lassen müssen, weil bei Operationen am Kiefer dieser beweglich bleiben muß. Ein anderer zeigt mir voll Stolz und Freude seine neue Nase, noch ein fürchterlicher Fleischwulst — aber doch immer schon mehr als das Loch, das vorher an ihrer Stelle klaffte.

Ich will die Schilderungen nicht fortsetzen. Was ich gesehen habe, geht über das Maß all dessen, was Worte aus-

drücken können. Es steht jedem frei, sich durch den Augenschein zu überzeugen, ob hier das mindeste übertrieben ist. Ich will von dem anderen reden, das noch unbegreiflicher ist als die Tatsache solchen Elends, von der Frage: Wie verhält sich die gesunde Menschheit denen gegenüber, zu denen sie auf den Knien wallfahren sollte, für die keine Zartheit zart genug, kein Mitgefühl und keine Anteilnahme weich genug sind? — Teilnahmslos, gleichgültig, absolut stumpfsinnig. Man hat die unbequeme Existenz dieser Kriegsopfer vergessen.

Auf die Frage, ob sich außer der etatsmäßigen Verpflegung durch den Staat noch irgend jemand um sie gekümmert hätte, sich ihrer annehme, ihnen nur Mitgefühl oder nur menschliche Beachtung entgegenbringe, erhalte ich hier und später auch im Charlottenburger Schloßlazarett, wo ich Menschen ohne Arme, ohne Beine und mit zerschmettertem Rückgrat kennen lerne, immer nur ein stereotypes Nein zur Antwort. Der Republikanische Führerbund hat vor kurzem ein Fest für die Lazarettinsassen veranstaltet. Das ist das einzige positive Faktum, das ich in Erfahrung bringe. Von den ungezählten „nationalen" und „patriotischen" Verbänden hat keiner auch nur eine Geste des Wohlwollens gefunden. Die Herren Ludendorff und Helfferich in ihren Villen auch nicht. Dicht neben den Lazaretten wohnen in den Villen Westends, in den Zehnzimmerwohnungen Charlottenburgs die Leute, denen der Krieg Millionen in den Schoß geworfen hat. Sie rühren sich nicht. Der Krieg ist vorbei und der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. . . .

Dabei stehen alle diese Leute, wenn sie ihren Leidensweg im Lazarett beendet haben, vor fürchterlichen Existenzfragen. Geschwächt, entstellt, durch die lange Lazarettzeit ihrem Beruf entfremdet, setzt man sie mit einem schäbigen Entlassungsanzug (ohne Hut, ohne Kragen!) und 150 Mark vor die Tür, um sie ihrem Schicksal zu überlassen. Auch die Berufsberatung versagt: „Was wollen Sie lernen, Sie bekommen ja doch keine Arbeit."

Ein ernstes Wort sei auch an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, dem die Fürsorge für diese Bedauernswerten untersteht. Die Lazarettinsassen klagen bitter über die bureaukratische Gleichgültigkeit und Engherzigkeit, mit der diese Stelle ihre vielfachen Wünsche behandelt und meist — ablehnt. Daß in diesen Menschen, die um das Glück ihres Lebens gebracht sind, sich viel Verbitterung angehäuft hat, ist nur allzu begreiflich. Auch wenn diese Verbitterung bei einzelnen ins Politische umschlägt, sollte sich das Arbeitsministerium dadurch nicht einen Deut beirren lassen, sondern immer bedenken, daß es sich hier um unglückliche Kriegsopfer handelt, denen zu helfen hohe sittliche Pflicht ist. Warum verweigert man den Lazarettinsassen die Gebührnisse, die erkrankte oder verwundete Reichswehrsoldaten im Lazarett beziehen? Sie sind doch wahrlich schlimmer daran als diese, für sie muß die Gesamtheit die nötigen Mittel aufbringen. Ich will die Einzelbeschwerden hier nicht vortragen, mögen diese Zeilen ihren Zweck erreichen, daß in allen Fragen die Bedauernswertesten der Kriegsopfer das Mitgefühl und Entgegenkommen finden, auf das sie vollbegründeten Anspruch haben.

Diese Bitte auch an das — oft so gedankenlose — Publikum. Wenn ein Kriegszermalmter mit fürchterlich zerschmettertem Unterkiefer bei seiner ersten Ausfahrt in der Elektrischen (die Notabene keine Freifahrt mehr gewährt) neben sich die Worte hören muß: „So wird einer zerfressen, wenn er die Syphilis hat", und seitdem nicht mehr zu bewegen ist, das Lazarett zu verlassen, so soll das jedermann als Warnung dienen, welches Unglück unbedachte verletzende Worte in der schon vereinsamten Seele eines solchen Mannes anrichten können.

Freilich, der Staat trägt viel Schuld daran, daß das Publikum von der Existenz dieser Kriegsopfer so wenig weiß. In Westend zeigte man mir eine Sammlung von Gipsbüsten, die dort in stillem Winkel aufgehoben werden. Es sind die Gesichtsmasken, die von den Kieferverletzten bei ihrer Einlieferung angefertigt werden. Das zusammengeflickte Gesicht wird dann später ebenfalls abgegipst und zum Vergleich aufgehoben. Warum versteckt man diese Denkmäler des Schreckens? Man sollte sie in der Siegesallee vor der ruhmredigen Ahnengalerie Wilhelms aufstellen. Man sollte sie der Jugend zeigen, damit sie lernt und erfährt, was Krieg ist. Mancher vom deutschnationalen Koller mitgerissene Gymnasiast würde vielleicht dadurch zur Erkenntnis gebracht werden.

Aber den Kieferverletzten in Westend ist es verboten — auf Grund einer Verordnung von 1914 —, Photographien von sich zu besitzen. Soll auch heute noch das wahre Antlitz des Kriegselends verheimlicht werden? Der Republik würde es wahrlich besser anstehen, wenn sie den satten und selbstzufriedenen Spießer zwänge, täglich dem Unglück ins Gesicht zu sehen, aus dem seine Kriegsgewinne flossen, wenn sie schwadronierenden Hurrapatrioten die Folgen ihrer Kriegshetze auf Schritt und Tritt vor die Augen stellte. In den Berliner Lazaretten gibt es, zusammengewürfelt wie die Insassen sind, Angehörige aller Parteien. Aber es gibt niemanden, der von dem Krieg anders als mit Abscheu und Ingrimm redete.

Noch unendlich vieles ließe sich berichten. Aber warum von Dingen schreiben, die jeder selbst sehen kann und nur aus Bequemlichkeit nicht sieht? Diese Zeilen sollen Staat und Gesellschaft aus einer schmachvollen Gleichgültigkeit aufrütteln. Hier ist Gelegenheit, den Anfang einer wirklichen „sittlichen Wiedergeburt" zu machen.

Erich Kuttner.

Die Kohlenversorgung der Eisenbahnen.

Die Wirkung des Spa-Kohlenabkommens auf unsere inländische Brennstoffversorgung wird immer noch unterschätzt. So konnte man dieser Tage Nachrichten aus Süddeutschland lesen, nach denen die Kohlenversorgung der Eisenbahnen es ermögliche, diesjährig von Einschränkungen des Zugverkehrs, die wir im vorigen Winter erlebten, abzusehen. Demgegenüber erhalten die P. P. N. Kenntnis von einem Schreiben des Reichskohlenkommissars an das Reichsverkehrsministerium, worin die Sachlage leider ganz anders illustriert wird. Es heißt da:

„Wohl bestand bei mir die Absicht, die Eisenbahnen in den Sommermonaten so zu bevorraten, daß sie vor Erschütterungen bewahrt blieben, wie sie ihnen der letzte Winter gebracht hat. Das ist mir indessen in Süddeutschland nur zum Teil und in Norddeutschland nicht gelungen; nur mit Mühe kann ich der Eisenbahn im Augenblick noch die Menge zuführen, die sie tatsächlich verbraucht. Ob dies in Zukunft möglich sein wird, ist eine ernste Frage. Ich bitte die Ihnen unterstellten Behörden, unzweideutig und mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß alles vermieden wird, was zu einer Erhöhung des Kohlenverbrauches führen könnte, und daß Maßnahmen getroffen werden, den jetzigen Kohlenverbrauch erheblich einzuschränken."

Der Tag der Moskauer.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D. beruft den außerordentlichen Parteitag auf Sonntag, den 24. Oktober, nach Halle ein. Auf der Tagesordnung steht neben den Geschäftsberichten nur der Anschluß an Moskau und die Aufnahmebedingungen. Crispien, Däumig, Dittmann und Stöcker werden, wie auf der Reichskonferenz, wieder ihren großen Ringkampf vorführen.

Inzwischen nehmen die Bezirke Stellung. Der Kreis Solingen hat sich bereits für das Schlucken der 21 Zwangsthesen ausgesprochen und erklärt, der Anschluß dürfe „nicht an der Person einiger opportunistischer Führer scheitern". Die Versammlung „verurteilte aufs schärfste die antibolschewistische Propaganda" Wilhelm Dittmanns, weil diese Propaganda — konterrevolutionär sei. Die Resolution wurde im oberen Kreis Solingen mit 358 gegen 17, im unteren Kreis mit 173 gegen 19 Stimmen angenommen. Angesichts dieses Verhältnisses ist die von uns schon notierte Erklärung des Reichstagsabgeordneten Merkel, bisher politischer Redakteur der „Berg. Arbeiterstimme", verständlich. Wir geben sie als ein Dokument von der Größe der unabhängigen Verwirrung in ihrem Wortlaut wieder:

„Die Kreisgeneralversammlung hat entschieden, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei des Kreises die 21 Thesen der Moskauer Internationale anzunehmen habe. Dieser Beschluß **kann mich nicht verpflichten, da er meiner politischen Ueberzeugung in so hohem Maße zuwider ist, daß die Parteidisziplin ihre Bindekraft verliert.** Ich ziehe aus dem Beschluß die Konsequenzen. **Meine Parteizugehörigkeit wird von dem Beschluß nicht berührt, da er die Sanktion des Parteitages noch nicht gefunden hat.** Anders ist es mit meiner Parteistellung. Ich habe dem Verlag unseres Blattes mein Entlassungsgesuch eingereicht, da **ich nicht Kommunist sein kann.** Verständliche Gründe nötigen mich, bis ich eine andere Tätigkeitsmöglichkeit gefunden habe, an dem Blatte weiterzuarbeiten. Meine Arbeit kann nur noch eine formale sein. Für mein Arbeitsgebiet trage ich keine politische Verantwortung mehr. Trotz der Lohnarbeit werde ich mich bemühen, in der Auswahl der Artikel so zu verfahren, daß ich auch bei den geänderten Auffassungen meiner bisherigen Gesinnungsgenossen mit blankem Ehrenschild von ihnen scheiden kann. So rasch, als es die Umstände erlauben! Das mir übertragene Reichstagsmandat steht dem Bezirksparteitag zur Verfügung."

Wieviele der Redakteure, Parteisekretäre und all der anderen „Bonzen" werden dem Beispiel Merkels folgen oder folgen müssen? Und wieviele werden ihre Ueberzeugung „historisch-ökonomisch" dem Moskauer Diktat unterordnen, um ihre Stelle zu behalten? Das ist eine Preisfrage.

Auch in der französischen Partei kommt es jetzt zur Entscheidung, ob die „westliche Demokratie" die „östliche Diktatur" annehmen soll. Der sozialistische Parteiausschuß verhandelte über die von Frossard der französischen Partei für den Beitritt zur 3. Internationale überbrachten neun Punkte. Es soll laut „Petit Parisien" in dieser Verhandlung sehr lebhaft zugegangen sein. Wiederholt wurde die Frage gestellt, ob diese neun Punkte die endgültigen Bedingungen darstellen, da man der deutschen unabhängigen Partei 21 Punkte gestellt und das französische kommunistische Organ gegen 18 Punkte veröffentlicht habe. Frossard erklärte, daß diese neun Punkte als die endgültigen Bedingungen Moskaus anzusehen seien. Der Ausschuß beschloß, die ganze Partei über den eventuellen Beitritt zur 3. Internationale entscheiden zu lassen und den Bericht möglichst bald drucken zu lassen.

Aufgehobener Belagerungszustand.

Hilfsaktion des Reichsministeriums des Innern für Orgesch.

Wie berichtet wird, hat das Reichsministerium des Innern über den Kopf des Oberpräsidenten Hörsing die Aufhebung des Ausnahmezustandes in der Provinz Sachsen veranlaßt. Wir nehmen hiervon mit größter Beruhigung und Genugtuung Kenntnis, denn das Reichsministerium stand bisher immer auf dem Standpunkt, daß die Provinz Sachsen wegen der dort sich bildenden Armeen der Herd ganz besonderer Gefahren sei. Wenn jetzt das Reichsministerium selbst so energisch die Aufhebung des Ausnahmezustandes betrieben hat, dann muß es sich also davon überzeugt haben, daß alle jene Gerüchte schmutzige Lügen und Spitzelberichte gewesen sind. Denn die Rücksicht auf die Orgesch-Leute wird doch die Herren Jacobi und Lewald im Reichsministerium nicht veranlaßt haben, den Ausnahmezustand aufzuheben, wodurch Hörsing die Machtbefugnisse genommen werden, die ihm bisher sein kräftiges Einschreiten gegen die Spitzelzentrale und Orgeschschieber ermöglichten.

Verhöhnung von Erwerbslosen in Dresden. In Dresden kam es, wie die „Tägl. Rundsch." mitteilt, zu regelrechten Kämpfen zwischen Händlern und Erwerbslosen. Ein Fischhändler hatte den Erwerbslosen eine Tonne Heringe geschenkt, die durchweg verfault waren. Voller Wut warfen die Arbeitslosen die Heringe auf die Straße und es kam zu Kämpfen. Verschiedene Geschäfte mußten eilends schließen. Die Regierung erließ einen Aufruf, worin sie erklärte, daß die Forderungen der Erwerbslosen auf Erhöhung der Unterstützungssätze berechtigt seien und daß verschiedene Minister diese Forderungen in Berlin persönlich vertreten würden. Weiter warnt die Regierung vor der Teilnahme an neuen Kundgebungen und droht, von ihren Machtmitteln Gebrauch zu machen. Der Stadtrat von Dresden bewilligte zwei Millionen zur Unterstützung der Arbeitslosen.

Entgötterte Polizei.

Im zerdrillten Zollernreiche,
das zu seinen Vätern schwand,
ragt als Gottes Stellvertreter
stark und hoch der Leutenant.

Eines Hauptmanns Glasmonokel
gab Gewähr für jedes Amt
und ein Oberst — Herr bewahre! —
Zeus war er, olympentstammt.

Konnte Feuerglut man dämpfen,
wenn zur Hand kein Offizier,
Beutelschneider dingfest machen
ohne eines Leutnants Zier?

Auf die blöden Unterlanen
träufte Ordnung vom Kommiß;
jetzo will man ihn entthronen,
weh! die fromme Scheu zerriß.

Schwinden soll der schöne Zauber,
den ein Säbel sonst geübt;
und des Spießers Herz verzweifelt,
seine Seele ist betrübt.

Ist es möglich? Titelfreie
Zivilistenpolizei?
Sagt, o sagt, was soll das werden?
Bricht die Welt denn ganz entzwei?

Schlaraff.

Der Kampf gegen die sechsstufige Grundschule wird mit besonderem Eifer von den Vertretern der höheren Schulen geführt. Die Ausdehnung der allgemeinen Grundschule auf fünf oder sechs Jahre soll geradezu verheerend wirken, den höheren Schulen würde durch eine allzu lange Dauer der Grundschule ein ungeheurer unheilbarer Schaden zugefügt werden. Marches an den tatsächlichen Verhältnissen der höheren Schulen zeugt allerdings mehr für das Gegenteil!

Nicht alle Schüler, die den höheren Schulen zugeführt wurden, erreichten das Ziel, das ihnen von ihren Eltern gesteckt wurde; nach wenigen Jahren, oft allerdings erst nach fruchtloser Wiederholung einer oder gar mehrerer Jahresklassen, zeigt es sich, daß an ein Durchlaufen der höheren Schule nicht zu denken ist. So geben Jahr für Jahr Tausende von Schülern ihre Bemühungen um die höhere Bildung vor der Zeit auf. Von den preußischen Schulen mit Latein gingen im Schuljahr 1902/03 9838 Schüler vorzeitig ab; 2586 versuchten ihr Glück auf den Realschulen, 2955 gingen auf andere Bildungsanstalten über, 4347 aber, fast die Hälfte, ließen den Besuch höherer oder irgendwelcher anderer Schulen überhaupt sein; sie gaben das Rennen auf und strebten anderen Berufen zu. Aus anderen Jahren liegen ähnliche Zahlen vor.

Es ist Jahr für Jahr dasselbe Bild — Tausende verlassen die höheren Schulen vor der Zeit, in der Regel, weil sie den Anforderungen, die dort gestellt werden, nicht entsprechen. Ohne eigenes Verschulden zumeist, auch ohne Verschulden ihrer Eltern sind sie auf falschem Bildungswege gewesen. Die Entscheidung für die höhere Schule hat in einem Alter gefällt werden müssen, in dem sich die Begabung noch nicht ausreichend erkennen ließ — das wurde ihnen zum Verhängnis. Die vierstufige Grundschule, wie sie das neue Reichsgesetz für die Grundschule beibehalten hat, nötigt auch für die Zukunft zu dieser Verfrühung, und sie wird, das steht schon heute fest, zu ganz denselben Mißgriffen führen. Die sechsstufige Grundschule bietet ohne Zweifel denn doch einen gewissen Schutz; zwei Jahre mehr machen für das Ausreifen und für das Erkennen der Begabung schon etwas aus.

Die höhere Schule leidet nach dem übereinstimmenden Urteil ihrer Kenner schwer unter dem Ballast, der sich gegen ihren Willen unter ihrer Schülerschaft findet; die Einführung der sechsstufigen Grundschule ist ein wirksames Mittel, die Wahl des falschen Bildungsweges, soweit sie auf falscher Einschätzung der Begabung beruht, zu verhindern. Die höhere Schule darf von der sechsstufigen Volksschule eine ganz wesentliche Einschränkung jener „toten Last" und damit eine Forderung erwarten.

Das amtliche Merkblatt für Eheschließende. Das Reichsgesundheitsamt hat jetzt den Wortlaut eines Merkblatts für Eheschließende fertiggestellt, auf dessen Aushändigung durch den Standesbeamten vor Anordnung des Aufgebots von ärztlicher Seite, besonders von Geheimrat Schwalbe seit langer Zeit hingearbeitet worden ist. Das Merkblatt, das etwas lang geraten ist, betont den Wert der Gesundheit von Mann und Frau als Grundpfeiler für das Glück der Ehe und die Gefahr der Uebertragung von Krankheiten auf den Gatten und auf die Kinder. Als besonders unheilvoll werden genannt: Tuberkulose, Geschlechts- und Geisteskrankheiten; nicht minder verderblich wirken Trunksucht, Morphium- oder Kokainmißbrauch. Deshalb sei es für jeden, der heiraten wolle, heilige Pflicht, sich vorher zu vergewissern, ob der wichtige Schritt zur Verehelichung mit seinem Gesundheitszustand sich vereinbaren läßt. Nur der Arzt könne sagen, ob eine Krankheit vorliege, die zurzeit die Heirat nicht ratsam erscheinen lasse. Gar mancher sei krank, ohne es überhaupt zu wissen. Verlobter und Verlobte, jeder von beiden sollten zu einem Arzt, der ihr Vertrauen genieße, gehen, und ihn um sein sachverständiges Urteil bitten. Das Merkblatt weist auf die Schweigepflicht des Arztes hin, so daß zu Besorgnissen kein Grund vorliege. Und auch wer in einem zur Verheiratung nicht geeigneten Gesundheitszustande befunden werden sollte, werde oft genug vom Arzte zugleich erfahren, daß er mit ärztlicher Hilfe seine Gesundheit wiedererlangen vermöge. Wer es unterläßt, von dem Ergebnis der ärztlichen Befragung vor dem endgültigen Entschluß zur Verehelichung Mitteilung zu machen, begehe schweres Unrecht, das sich bitter rächen könne. Außer auf die Gewissenspflicht macht das Merkblatt darauf aufmerksam, daß nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch eine Ehe für nichtig erklärt werden kann, wenn ein Teil bei der Eheschließung nicht hinreichend über die Persönlichkeit und die entscheidenden Eigenschaften des anderen unterrichtet war, und daß, wer den anderen schuldhaft ansteckte, sich auch schadenersatzpflichtig mache, ja sich sogar der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetze.

Diese Darlegungen sollen nur verhüten, daß Heiraten stattfinden, die aller Voraussicht nach unglückliche Ehepartner und Kinder schaffen und minderwertigen, ja unbrauchbaren Nachwuchs bringen würden.

Vereinheitlichung des Schulwesens. Hamburg, das seit langem mit der Vorhut marschiert unter den deutschen Ländern auch auf dem Gebiete freiheitlicher Schulpolitik, hat einen neuen Schritt vorwärts getan. Angesichts der Durchführung der Vereinheitlichung des Schulwesens hat die Hamburger Oberschulbehörde beschlossen, das hohe Schulwesen und das Volksschulwesen sowie das Landschulwesen zusammenzufassen. Zum Vorsitzenden dieser Sektion ist vom Hamburger Senat Senator Genosse E. Kraufe bestimmt worden. Dieser Beschluß stellt sich als ein neuer Fortschritt dar auf dem Wege zur Einheitsschule und zur Sozialisierung der Volksbildung, wie man auch in Hamburg bereits praktisch mit dem Aufbau einiger Einheitsschulen (Volks- und höhere Schulen vereinigt) begonnen hat.

V.

Ein Verband deutscher Erzähler hat sich aus den Reihen angesehener Prosa-Autoren gebildet, um dem drohenden Verfall des deutschen Buches mit äußerster Kraft entgegenzuwirken. Den Vorstand bilden Georg Engel, Walter von Molo, Karl Bulcke, Eberhard Frowein. Der Verband wird auf die Lösung aller schwebenden Fragen, welche die schwergefährdete Zukunft des deutschen Schrifttums betreffen, Einfluß zu nehmen suchen und in Kürze mit seinen Vorschlägen an die Oeffentlichkeit treten. Geschäftsstelle Berlin W. 66, Wilhelmstr. 52.

Juryfreie Kunstschau Berlin 1920. Durch Vereinbarung mit der Großen Berliner Kunstausstellung sind jetzt folgende Termine für die J. K. B. 20 festgesetzt: Anmeldung der Kunstwerke bis 20. September bei der Geschäftsstelle: Charlottenburg, Fritschstr. 54. Einlieferung im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof am 26., 27., 28. Oktober. Dauer der Ausstellung: 12. November bis 19. Dezember.

Ueber die gesamte dadaistische Bewegung spricht am 25. September, abends 8 Uhr, der Oberdada im Berliner Klindworth-Scharwenka-Saal.

Otto Zarek trat als erster Dramaturg in die Leitung der Münchener Kammerspiele ein.

Ein Kongreß der Musiklehrenden zur Aufklärung über die neugesetzliche Regelung des privaten Musik-Unterrichtswesens und anderer Fragen ist für den 25. und 26. September nach Berlin berufen worden. Eingeleitet wird der Kongreß durch ein Konzert im Saale der Hochschule. Eintrittskarten und Prospekte in der Musikalien-Handlung, Alte Jakobstr. 93, und bei Perger u. Co., Oranienstr. 166.

Ein Shakespeare-Manuskript glaubt man in der Bibliothek des Britischen Museums gefunden zu haben. Auf einigen Blättern eines alten Schauspiels „Sir Thomas More" fand man Anmerkungen, die dieselben charakteristischen Züge aufweisen wie die Namensunterschriften, die man für die Shakespeares hält, und die bisher das einzige sind, was man von des Dichters Handschrift kennt. Die Gelehrten streiten allerdings noch darum, ob die Anmerkungen wirklich Shakespeare zugeschrieben werden können.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages setzte heute die Beratungen über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit fort und beschäftigte sich vor allen Dingen mit den wirtschaftlichen Ursachen der Krise, über die Staatssekretär Hirsch und die Abgeordneten Robert Schmidt (Soz.) und Erkelenz (Dem.) sprachen.

Aus den Beratungen ist mitzuteilen, daß für die deutsche Textilindustrie große Aufträge für die Bergwerke vergeben worden sind, und daß ähnliche Aufträge an die Metallindustrie durch das Verkehrsministerium erfolgen sollen. Das Gerücht, nach welchem grössere Lokomotivbestellungen aus Rußland an zu hohen Preisforderungen der deutschen Industrie gescheitert seien, wurde vom Arbeitsminister dahin berichtigt, daß solche Differenzen im ersten Stadium der Verhandlungen vorhanden gewesen, aber jetzt überwunden seien, und daß auf deutscher Seite keine Hindernisse für Ausführung dieser Bestellungen mehr vorliegen.

Ueber geplante Entlassungen auf den deutschen Eisenbahnen konnte der Arbeitsminister keine Auskunft geben, sprach aber die Erwartung aus, daß solche Entlassungen, wenn sie etwa wegen der schlechten finanziellen Ergebnisse der Eisenbahnen notwendig würden, ohne Härten und erst in dem geeigneten Zeitpunkt erfolgen könnten.

Die Sozialdemokraten vertraten im Ausschuß die Anschauung, daß die Regierung durch großzügige Maßnahmen zur Hebung der Bautätigkeit, durch Herabsetzung der Preise für Rohstoffe, besonders auch durch Herabsetzung der Holzpreise und durch ungewöhnliche Zuschüsse an Baugenossenschaften zur Hebung der Arbeitslosigkeit beitragen müsse.

Vom Abgeordneten Mumm (Dnat.) ist ein Antrag eingegangen, der gesetzliche Maßnahmen gegen die Auswanderungsagenturen nach Rußland verlangt.

Die gekränkten Junker.

Aus dem Lockstedter Lager sind kürzlich zwei hochfeudale Offiziere zwangsweise entfernt worden, ein Graf Schwerin und ein Freiherr von Schleinitz. Darüber regt sich die „Kreuzzeitung" mächtig auf. Das Junkerblatt behauptet, die beiden Offiziere hätten sich als „Siedler und Leiter des Soldatensiedlerverbandes die größten Verdienste erworben. Ihre Entlassung sei auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers Braun erfolgt, und zwar aus politischen Gründen. Diese sollen darin bestehen, daß Graf Schwerin aus einer pommerschen Adelsfamilie stamme und Freiherr von Schleinitz dem General Ludendorff nahe stehe.

Demgegenüber sind wir in der Lage, festzustellen: Die Nachricht von der Entlassung der beiden Offiziere trifft zu. Aber diese Entlassung erfolgte nicht auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers, sondern auf Betreiben der Soldatensiedler selbst. Die Siedler hatten das Auftreten der zwei feudalen Herren einfach satt bekommen. Diese hatten mit der Siedlung nichts zu tun, sie waren weder Siedler noch Leiter des Soldatensiedlungsverbandes. Entgegen der bestimmten Weisungen waren sie nach dem Lockstedter Lager gekommen, hielten sich dort beschäftigungslos auf und trieben politische Propaganda, der eine im Sinne des pommerschen Landbundes, der andere als Sendling des Ludendorffschen Kreises. Das ist den Soldaten schließlich zuviel geworden und sie verlangten die Entfernung der beiden Offiziere. Also darf man sagen, durch die Entfernung dieser Agitatoren aus dem Lockstedter Lager ist die Sache der dortigen Soldatensiedlung nicht, wie die „Kreuzzeitung" zetert, geschädigt, sondern wesentlich gefördert worden.

Staatsbürger zweiter Klasse.

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben:

In diesen Tagen, wo die reaktionäre Presse sich erdreistet, Artikel 124 der Reichsverfassung für „Vereine" mit Handgranaten und Minenwerfern in Anspruch zu nehmen, ist es vielleicht angebracht, einmal darauf hinzuweisen, daß es allerdings weite Kreise von Staatsbürgern gibt, für die besagter Verfassungsartikel auch heute noch nicht existiert. Das sind alle „Schüler" höherer Lehranstalten, der Lehrerseminare und der Fachschulen, Jünglinge und Männer von 18, 20, 25 Jahren und darüber. Den Seminaristen hat z. B. das preußische Kultusministerium (Erlaß vom 11. März 1920) die parteipolitische Organisation ausdrücklich untersagt, obgleich sie ihnen auf Grund der Verfassung zweifellos zusteht: der 18jährige Arbeiter, Angestellte, Student darf der Partei beitreten, der angehende Volkslehrer nicht. Und den Schülern der Fachschulen (Baugewerkschulen usw.) hat das preußische Handelsministerium am 25. März 1920 (!) eine „Schulordnung" beschert, deren § 9 besagt: „Der Direktor ist befugt, Vereine aufzulösen, die den geordneten Schulbetrieb gefährden oder geeignet sind, das Ansehen der Schule zu beeinträchtigen". Mit dem letzteren Kautschukbegriff ist natürlich das Schicksal jedes Vereins in die Hände des allmächtigen Direktors gelegt. Und es handelt sich — wohlgemerkt — nicht um „Schüler" im üblichen Sinne, sondern um Männer, die eine mindestens 6jährige praktische Berufsarbeit nachweisen können!

Unseres Erachtens ist Artikel 124 der Verfassung vollkommen eindeutig: Das Recht, Vereine zu gründen, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, steht allen Deutschen ohne Ausnahme zu. Kann irgendein Ministerium dieses Recht für eine bestimmte Gruppe erwachsener „Schüler" beschränken? Zumal, wo der vorsichtige Gesetzgeber ausdrücklich auch etwaige „Vorbeugungsmaßregeln" für verboten erklärt hat? Den „geordneten Schulbetrieb" in allen Ehren — das verfassungsmäßig verbriefte Koalitionsrecht darf nicht angetastet werden. Die „Schüler" der in Betracht kommenden „Betriebe" sollten sich selbst mit allen Kräften dagegen wehren, daß sie in der Deutschen Republik zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt werden, daß ihnen ein „allen Deutschen" zustehendes Recht durch die Willenskundgebung eines Geheimrats oder Ministerialdirektors genommen oder beschnitten werden soll. Reichsrecht bricht Landrecht.

Nicht nach Moskau — zurück zur S.P.D. Wie uns Genosse Faust aus Glatz zu unserer vor einigen Tagen gebrachten Notiz mitteilt, beträgt die Anzahl der zur S.P.D. übergetretenen bisherigen Mitglieder der U.S.P. 48 Köpfe. Zu ihnen gehört auch Genosse Faust, der uns schreibt, daß er sein Blatt, „Die Volksstimme", in den Dienst der alten Sozialdemokratischen Partei stellen will. Wir begrüßen den Genossen herzlich in unseren Reihen.

Schweizer Kommunisten und Moskau. Wie der Berner „Vorwärts" mitteilt, ist die kommunistische Partei der Schweiz in die Dritte Moskauer Internationale aufgenommen worden. Alle konterrevolutionären Feinde in- und außerhalb der Reihen des Proletariats müßten nunmehr zerschmettert werden. Das Blatt richtet heftige persönliche Angriffe gegen Grimm und die anderen sozialistischen Führer.

Groß-Berlin

Die Feuerwehr in der Einheitsgemeinde.

Protest gegen die Verstaatlichung.

Während die Feuerwehren in den Vororten kommunale Einrichtungen sind und den Gemeindeverwaltungen unterstehen, gilt die Berliner Feuerwehr, obgleich die Stadt die Kosten für sie zu tragen hat, als staatliche Einrichtung, ist dem Polizeipräsidium unterstellt und dem Einfluß der städtischen Körperschaften völlig entzogen. Dieser unhaltbare Zustand ist von uns seit jeher bekämpft und die Forderung vertreten worden, die Berliner Feuerwehr der städtischen Verwaltung zu unterstellen. Auch die Angehörigen der Feuerwehr — mit Ausnahme der leitenden Persönlichkeiten — stehen in dieser Hinsicht vollkommen auf unserem Standpunkt. Sie erwarteten, daß jetzt endlich mit dem Entstehen der Einheitsgemeinde die gesamte Groß-Berliner Feuerwehr unter die Verwaltung der neuen Stadtgemeinde kommt. Diese Erwartung soll aber vorläufig noch nicht erfüllt werden.

In einer heute vormittag abgehaltenen Versammlung der Berufsfeuerwehren in Groß-Berlin sagte der Referent Müller, er habe von gut unterrichteter Seite erfahren, mit dem Inslebentreten der Einheitsgemeinde solle die gesamte Groß-Berliner Feuerwehr, also auch die Wehren in den Vororten, dem Polizeipräsidium unterstellt werden. Später solle dann die Feuerwehr der städtischen Verwaltung unterstellt werden.

Die Versammlung protestierte entschieden gegen diese Absicht und verlangte sofortige Uebernahme der Feuerwehr in städtische Verwaltung, was sowohl im Interesse des Feuerlöschwesens wie auch im Interesse der Steuerzahler liege. Die staatliche Verwaltung der Feuerwehr habe stets reaktionären Bestrebungen gedient und reaktionären Absichten entspringe das Verlangen, jetzt auch die Feuerwehren der Vororte in staatliche Verwaltung zu übernehmen. Stadtverordneter Leid unterstützte die Forderung der Versammlung und sagte, die Uebernahme der Berliner Feuerwehr sei der städtischen Verwaltung von staatlicher Seite angeboten, es sei auch darüber verhandelt, aber die Verhandlungen seien seitens der Stadt Berlin nicht energisch betrieben worden, denn sonst könnte die Berliner Feuerwehr heute schon unter städtischer Verwaltung stehen.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die scharf gegen die geplante Verstaatlichung der Groß-Berliner Feuerwehr protestiert, die ein Versuch sei, den Einfluß der infolge der letzten Wahlen freiheitlich gerichteten Stadtverwaltung auszuschalten und die Feuerwehrbeamten rechtlos zu machen, wie sie es vor der Revolution waren. Die Feuerwehrbeamten erklären, diese Versuche mit aller Energie zu bekämpfen; sie erwarten vom Magistrat und den Stadtverordneten des neuen Groß-Berlin, daß sie sich das Bestimmungsrecht über die Feuerwehr nicht entäußern lassen und daß die freiheitlich gesinnte Bürgerschaft diese Bestrebungen unterstützen werde.

Die Versammlung sandte eine Kommission zum Oberbürgermeister Wermuth, um ihre Forderung dort zu vertreten.

Wer erhält eine Prämie für Waffenablieferung?

Eine Prämie erhält derjenige, der in der Zeit vom 15. September bis zum 20. Oktober Militärwaffen oder Munition abliefert. Die Prämie wird pro Stück der abgelieferten Waffen- oder Munitionsart bei der Ablieferung sofort bar bezahlt nach einem Tarif, der noch allgemein bekanntgegeben wird. — Um eine beschleunigte Ablieferung herbeizuführen, werden die ausgesetzten Stückprämien vom 15. September bis 10. Oktober einschließlich in voller Höhe, vom 11. Oktober bis 20. Oktober einschließlich nur zur Hälfte gewährt werden. Vom 21. Oktober bis 1. November werden die Waffen lediglich angenommen, eine Prämie kommt jedoch nicht mehr zur Auszahlung.

Der Leichenfund am Freibad Wannsee.

Frauenmord. — Eine Spur?

Die Gerichtsärzte Prof. Dr. Strauch und Medizinalrat Dr. Stoermer haben nach Abschluß der Untersuchung der bisher aufgefundenen Leichenteile folgendes Schlußprotokoll aufgestellt:

„Soweit bei der Spärlichkeit und Mangelhaftigkeit der vorliegenden Leichenteile ein Urteil möglich ist, handelt es sich um die Reste einer weiblichen Person. Dieselben Schwierigkeiten machen sich geltend bei der Altersbestimmung. Nach Beschaffenheit der Zähne und Knochen scheint es sich um eine Person von 22 bis 30 Jahren zu handeln. Ueber die Todesursache hat die Obduktion keinerlei Aufschluß geben können. Die Zerstörung am Schädel ist offenbar durch Feuer eingetreten. Der Tod ist sehr kurze Zeit nach dem Genuß von frischem Obst, blauen Pflaumen und Birnen eingetreten. Die letzte Mahlzeit scheint aus nichts anderem bestanden zu haben. Die Persönlichkeit hat anscheinend blonde Haare gehabt, die Ohrläppchen sind angewachsen, das Gebiß im Oberkiefer ist sehr defekt, insbesondere fehlen die Schneidezähne. Die Leiche kann nur ganz kurze Zeit an der Fundstelle gelegen haben und scheint auch der Tod nur ein oder zwei Tage vor Auffindung der Leichenteile eingetreten zu sein. Zur näheren mikroskopischen und chemischen Untersuchung sind einzelne Leichenteile entnommen worden."

Der Paketträger gesehen.

Unter den Zeugenaussagen, die bisher noch ziemlich spärlich eingelaufen sind, ist die Bekundung eines Ingenieurs aus Nikolassee von besonderer Wichtigkeit. Dieser hat am Dienstag früh, also an dem Tage, an dem der Hochbahnangestellte die beiden Pakete in der Schonung gefunden hat, einen Mann beobachtet, der vom Bahnhof Nikolassee kam, den Weg nach der Schonung einschlug und zwei in crepeartigem Papier eingeschlagene Pakete bei sich trug. Dieser Mann scheint mit dem um 7,06 Uhr morgens von Berlin einlaufenden Zug auf dem Bahnhof Nikolassee angekommen zu sein. Der Ingenieur beobachtete weiter, wie der Mann den Weg nach der Schonung einschlug. Zweifellos ist es der Unbekannte mit den Paketen gewesen, die die Leichenteile enthalten haben. Jedenfalls ist der Paketträger auch noch von anderen Leuten gesehen worden, die sich um diese Zeit auf dem Wege zu dem Berliner Zuge befanden. Solche Personen werden dringend gebeten, sich umgehend bei den Kriminalkommissaren Dr. Riemann und Trettin im Zimmer 76 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

300 Millionen Einlagen bei der Teltower Kreissparkasse.

Der soeben erschienene Jahresbericht der Teltower Kreissparkasse für 1919 schließt mit einem Einlagenbestand von 298,7 Mill. Mark ab, der sich inzwischen auf über 300 Millionen erhöht hat. Der Zuwachs an Spargeldern betrug im vorigen Jahre einschließlich der zugeschriebenen Zinsen 71,9 Millionen. Der Durchschnittsbetrag einer Einzahlung erhöhte sich von 378 M. im Jahre 1918 auf nicht weniger als 629 M., der einer Rückzahlung sank von 724 auf 641 M. Die Zahl der Sparbücher stieg um 6002 auf 276 470. Auf 100 Kreisbewohner entfielen 51 Sparbücher, so daß also jeder zweite Kreisinsasse Sparer der Teltower Kreissparkasse ist. Das Durchschnittsguthaben eines Sparbuchs ist gegen 1918 von 839 auf 1051 M. gestiegen.

Hilflose Wohnungsinspektionen.

Wer in Berlin sich von einer der Wohnungsinspektionen eine Wohnung nachweisen lassen will, der „kann lange warten". Wir berichteten kürzlich von den Erfahrungen eines Wohnungsuchenden, dem bei einer Wohnungsinspektion gesagt wurde, er solle auch selber umherhorchen, ob irgendwo eine Wohnung frei wird. Er tat das, aber als er dann endlich eine solche Wohnung entdeckte, weigerte sich die zuständige Wohnungsinspektion, sie ihm zuzuweisen. Bemüht hatte er sich also für die Wohnungsinspektion, die erst durch ihn in die Lage kam, einem anderen Wohnungsuchenden als die große Helferin zu erscheinen.

Dieses Verfahren, den Wohnungsuchenden selber für die Wohnungsinspektion arbeiten zu lassen, scheint öfter vorzukommen. Ein Leser meldet uns, daß ihm, der schon seit 1919 bei der Berliner Wohnungsinspektion X (Prinzenstraße) eingetragen ist, bisher keine Wohnung nachgewiesen werden konnte. Alle Hinweise auf seine Absicht, in kürzester Frist zu heiraten, und alle seine Bitten um Beschleunigung blieben erfolglos, und man antwortete ihm kühl: „Es gibt noch dringendere Fälle." Inzwischen hat er längst geheiratet und seine Frau hat ein Kind zur Welt gebracht, aber noch immer muß sie bei ihren Eltern wohnen und er bei den seinigen. Schließlich ermittelte er eine Wohnung, die seit Monaten unbenutzt stand, weil der Inhaber eine zweite Wohnung bei seinem Geschäft hatte und diese bewohnte. Der Wohnungsuchende ging zur Wohnungsinspektion, kam nach einer Wartezeit von 4¼ Stunden glücklich heran, erinnerte an seine Sache, wies auf seine längst erfolgte Verheiratung und auf die Geburt des Kindes hin und meldete jene unbenutzte Wohnung. Was aber wurde ihm geantwortet? Ohne auf seine Klagen über die ihm auferlegte Geduldprobe einzugehen, gab man ihm den kurzen Bescheid: „Ja, da gehen Sie nur jetzt nach Hause und schicken Sie einen eingeschriebenen Brief an die Inspektion, dann werden wir vielleicht die Wohnung beschlagnahmen. Aber daß Sie sie erhalten, glaube ich nicht." Nun wußte er's! Zur Bedienung der Wohnungsinspektion darf er noch die Kosten eines eingeschriebenen Briefes opfern, aber darauf, daß er die Wohnung erhält, hat er kein Anrecht.

Beinahe amüsant ist, daß hinterher, in der zweiten Hälfte des Monats August, das Wohnungsamt teilnehmend sich bei ihm erkundigte, ob er sich verheiratet hat. Die jungen Eheleute werden sich wohl darauf einrichten müssen, daß mit Hilfe der selber hilflosen Wohnungsinspektion ihnen nicht früher eine Wohnung besorgt wird, als bis sie glücklich so weit sind, ihre silberne Hochzeit zu feiern.

Autobus Alexanderplatz—Wilmersdorf. Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft beabsichtigt, den im Laufe des Krieges eingestellten Verkehr der Autobuslinie 8 (Alexanderplatz—Wilmersdorf) am 15. September, spätestens aber am 1. Oktober dieses Jahres wieder aufzunehmen. Der Endhaltepunkt der Linie, früher an der Martin-Luther-, Ecke Hohenstaufenstraße, wird nach der Berliner, Ecke Badensche Straße in Wilmersdorf verlegt. Von dort aus wird die Linie über den Rudolf-Wilde-Platz am neuen Schöneberger Rathaus vorbeiführen und dann den Weg der alten Linienführung nehmen. Die Wagen werden im Zehn-Minuten-Verkehr fahren. Der erste Wagen verläßt den Alexanderplatz um 7.20 Uhr morgens, der letzte 11.50 Uhr abends. Die Fahrpreise betragen von Wilmersdorf bis zur Potsdamer Straße 1 M., bis zum Spittelmarkt 2 M. und bis zum Alexanderplatz 3 M. Der Berliner Polizeipräsident hat zu der neuen Linienführung bereits seine Zustimmung erteilt und ebenso hat der Wilmersdorfer Magistrat die neuen Tarife genehmigt.

Eine große Verschiebung von Brotkarten nach Weißensee, wobei es sich um einen schwunghaften Kettenhandel gehandelt zu haben scheint, ist durch die Oberschöneweider Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Es gelangte zur Kenntnis der Behörde, daß eine ganze Reihe in Oberschöneweide wohnender Personen Brotkarten in großer Zahl in Weißensee bei dortigen Geschäftsleuten unterbrachten. Zunächst gelang es aufzuklären, daß für die Schiebung ein junger Gemeindehilfsarbeiter P., der mit dem Durchzählen der wöchentlich abzuliefernden Brotkarten betraut war, in erster Reihe in Betracht kam. P., der beim Abwicklungsgeschäftsbetrieb angestellt war, entwendete die von den einzelnen Bäckereien für die vergangenen Wochen abgelaufenen Brotkartenpakete und schaffte sie zu einem früheren Bäckermeister J., der sie wiederum an einen Dreher Leopold Sch. verkaufte. Alle diese Personen waren die Kommissionäre eines Polen Rosenzweig, gleichfalls aus Oberschöneweide, der sie schließlich einem Brotgroßhändler in Weißensee so rechtzeitig zustellte, daß dieser sie noch am selben Abend, und zwar stets am Montag, bei der zuständigen Brotkommission mit ablieferte. — Bei den umfangreichen Untersuchungserhebungen in Oberschöneweide stellten sich aber auch noch andere Unregelmäßigkeiten heraus, die von dortigen Bäckermeistern vorgenommen worden sind. Es ergab sich, daß ein Bäckermeister und ein solcher in Alt-Glienicke, der im Osten Berlins Brotverkaufsstellen unterhielt, Betrugshandlungen zum Nachteil der Gemeinde Oberschöneweide ausgeführt haben. Sie unterschlugen größere Posten Brotmarken und steckten an deren Stelle Papierkarton, Pappe und Zeitschriften, passend zurechtgeschnitten, in die Brotmarkenpakete, um so eine größere Zahl fehlender Brotkarten vorzutäuschen. Die beiden Bäcker sind von der weiteren Mehllieferung ausgeschlossen worden.

Die 700jährige Linde in Seegefeld, an der einst die Gerichtstage des Kreises Osthavelland abgehalten wurden, ist an den Folgen eines Feuers, das 1910 im Innern ihres hohlen Stammes angelegt wurde, eingegangen.

Die Quäkerspeisung für Neukölner Schulkinder, deren Fortführung nach den an amtlicher Stelle vorliegenden Mitteilungen des Ende Mai nächsten Jahres erfolgen soll, ist am 11. August d. J. in etwas vermindertem, für Neukölln vorgeschriebenem Umfange wieder aufgenommen worden. Gegenwärtig können insgesamt 7500 Neuköllner Kinder der Speisung teilhaftig werden. Ihre Ausdehnung auf weitere und stillende Mütter steht unmittelbar bevor. Die der Stadt Neukölln bis zu Beginn der großen Ferien entstandenen Kosten für die Anfuhr des Essens und die sonstigen Aufwendungen belaufen sich auf rund 200 000 M.

Die Ausstellung für Vorbeugung und Bekämpfung der Knochen- und Gelenktuberkulose im Festsaal des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt (Gebäude des ehemaligen Herrenhauses), Leipziger Straße 3, ist infolge des ständig wachsenden Besuchs bis Freitag, den 17. d. Mts., verlängert worden. Es sei darauf hingewiesen, daß diese der Aufklärung über die unserem zerrütteten Volkskörper besonders drohenden Gesundheitsgefahren dienende Ausstellung namentlich dem Laien ein Bild von den Folgen der Knochentuberkulose gibt und eine Mahnung zur Verhütung und Vorbeugung dieser Krankheit sein soll. Der Eintrittspreis zur Ausstellung beträgt 1 Mark; für Vereine mit mehr als 25 Personen (Voranmeldung Berlin-Dahlem, Kronprinzenallee 171) 50 Pfennig. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 7 Uhr geöffnet.

Arbeiter-Samariterkolonnen Berlin e. V. Abt. Schöneberg. Morgen Freitag, den 10., abends 7 Uhr: Uebungsstunde im Lokal, Vorbergstraße 11. Der angesagte Vortrag des Genossen Meßing fällt umständehalber aus. Neue Mitglieder und Kursusteilnehmer werden aufgenommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 9. September:

Charlottenburg. 7½ Uhr: Generalversammlung in der Leibniz-Oberrealschule, Schillerstr. 125, am Knie. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bezirks- und Parteitag.

Morgen, 10. September:

Köpenick. Frauenkonferenz 7 Uhr im „Bayernhof", am Kölnischen Platz. Genossin Rynek: „Die Sozialdemokratie und die Frauen in Deutschland während der Not". (Gesangverein Gemischter Chor.)

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Schlichtungsverfahren.

In einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Gauleiter der freien Gewerkschaften Pommerns wurde unter anderem ein Referat entgegengenommen über die jetzt zutage getretenen Praktiken bei den Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen. In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß die sich herausgebildeten Zustände bei dem Schlichtungsverfahren gänzlich unhaltbar geworden sind. Die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse werden von den Arbeitgebern heute überhaupt nicht mehr anerkannt. Bei Anträgen auf Verbindlichkeitserklärung versagen die Demobilmachungskommissare zum großen Teil. Falls jedoch noch einmal ein Schiedsspruch für verbindlich erklärt wird, kommen nun die Gerichte her und erklären, daß die Demobilmachungskommissare gar nicht berechtigt sind, einen Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Es wurden in der Sitzung sogar Stimmen laut, unter den gegebenen Umständen die Schlichtungsausschüsse zur Schlichtung von Streitigkeiten überhaupt nicht mehr anzurufen, da hierdurch nur unnötige Arbeit und Kosten verursacht werden. Die Aussprache führte zur Annahme folgender Resolution:

Die am 5. September 1920 tagende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Gauleiter der freien Gewerkschaften nimmt Kenntnis davon, daß die Schlichtungsausschüsse im allgemeinen Wochen und Monate verstreichen lassen, bevor ein Verhandlungstermin angesetzt wird. Hierdurch entstehen den in Frage kommenden Arbeitern wirtschaftliche Nachteile. Ebenso langsam und noch langsamer arbeiten bei Anträgen auf Verbindlichkeitserklärung die Demobilmachungskommissare.

Durch die jetzt üblich gewordene Spruchpraxis der Gerichte — Landgericht Stolp, Gewerbegericht Stettin usw. — wird sogar den Demobilmachungskommissaren das Recht auf Verbindlichkeitserklärung der ordnungsgemäß gefällten Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse und der diesen rechtlich gleichgestellten Tarifinstanzen abgesprochen.

Durch diese hier angeführten und noch andere sich herausgebildeten Uebelstände wird das ganze Schlichtungsverfahren wertlos und kann seine ihm gestellte Aufgabe, der Herbeiführung und Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Friedens zu dienen, nicht erfüllen.

Die Gauleiter Pommerns erheben ganz entschieden Einspruch gegen diese in der Arbeiterschaft jedes Vertrauen ertötende Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen. Sie fordern beschleunigte Erledigung der anhängig gemachten Streitfälle und Sicherung der Rechtsgrundlagen des Schlichtungsverfahrens. Sollten in dieser Beziehung keine Aenderungen eintreten, sind die Schlichtungsausschüsse zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt und ist diese Institution wertlos und überflüssig geworden. Die versammelten Gauleiter ersuchen den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beim Reichsarbeitsministerium vorstellig zu werden und eine endgültige Regelung und Klarstellung der oben angeführten Punkte herbeizuführen.

Die Klagen über die Unzulänglichkeit des bestehenden Schlichtungsverfahrens sind so häufig, daß das Arbeitsministerium es als eine seiner dringendsten Aufgaben ansehen muß, hier einmal endgültig Remedur zu schaffen. Wiederholt haben wir aus der Praxis der Schlichtungsausschüsse und aus der Tätigkeit der Demobilmachungskommissare Fälle anführen müssen, die den Anschein erwecken, als sabotiere man an einzelnen Stellen geflissentlich die den Amtsstellen gegebenen Befugnisse. Es ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, das an gewissen Stellen mit den papiernen Rechten der Arbeiter getrieben wird. Offenbar glauben manche der Herren, daß die Zeit der wirtschaftlichen Depression die Arbeiterschaft zwingen könnte, von den ach so geringen erkämpften wirtschaftlichen Vorteilen etwas abzulassen. Den Herren sei ein für allemal erklärt, daß die Arbeiter keine Versuchskaninchen sind, an denen auszuproben ist, wie stark der wirtschaftliche Druck sein darf, ehe sie zu heller Empörung aufflammen. Aufgabe des Arbeitsministeriums aber ist es, mit dem nötigen Ernst und Eifer zu beweisen, daß es das so oft verlangte Vertrauen der Arbeiterschaft in seine Unparteilichkeit auch wirklich verdient.

Eine Internationale der Handelsangestellten.

Die Internationale Gewerkschaftszentrale in Amsterdam hat nach einer Meldung des schwedischen Blattes „Arbetet“ zum 5. Oktober eine Konferenz sämtlicher Organisationen der Handelsangestellten nach Amsterdam einberufen. Der Konferenz wird ein Antrag auf Einrichtung eines internationalen Sekretariats der Handels- und Bureauangestellten vorgelegt werden.

Die Differenzen im Metallarbeiterverbande.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter beschäftigte sich am Dienstag mit den Differenzen, die sich aus der Tätigkeit Richard Müllers als Redakteur mit dem Hauptvorstand ergeben haben. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Ziska mit, daß die Organisation versucht habe, die Waffenanfertigung in Wittenau zu verhindern. Leider sei das geschottert an der mangelnden Einigkeit der dort beschäftigten Arbeiter, von denen nur 50 Prozent die Herstellung von Waffen verweigert haben. Ueber das Werk Wittenau, Abt. Waffenbau, sei die Sperre verhängt worden.

Sodann berichtete Ziska zunächst über die erweiterte Beiratssitzung des Verbandes, die sich mit der Schaffung einer Arbeitsordnung auf zentraler Grundlage, mit dem Verhältnis der Metallarbeiter zu anderen Organisationen und mit der Betriebsrätefrage beschäftigt habe. Zu einer vollständigen Klärung in allen Punkten sei es nicht gekommen, besonders nicht in der Betriebsrätefrage für Berlin. Die Ansicht der Berliner Vertreter im Beirat wurde nicht unterstützt. Die mittlere Ortsverwaltung Berlins hat in einer Erklärung die Haltung der Berliner Vertreter gutgeheißen und spricht dem Vorstand sein Mißtrauen aus, weil er die Stuttgarter Verbandstagsbeschlüsse nicht energisch genug durchführe.

Zum Streit Richard Müller wider den Hauptvorstand führt Müller aus, daß jetzt 11 Monate nach dem Verbandstage vom Hauptvorstande die Beschlüsse des Verbandstages noch nicht durchgeführt sind. Ueber das Rätesystem und über die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft herrschten Meinungsverschiedenheiten, an denen der Hauptvorstand ein großes Teil Schuld trägt, besonders der Vorsitzende Dißmann. Aus dem Programm der U. S. P. und der K. P. D. liest Müller einzelne Sätze vor und daraus und aus zitierten Artikeln der „Metallarbeiterzeitung“ folgert er, daß Dißmann ernstlich nicht gewillt sei, den Beschlüssen des Verbandstages nachzukommen. Müller erklärte, daß er besoldete Posten nicht mehr annehme, und in der Zukunft seine Pflicht als Kollege im Ehrenamt ausüben werde. Zum Schluß seiner Ausführungen beantragte er eine Resolution, in der die Durchführung der Stuttgarter Beschlüsse und die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages verlangt und dem Vorstand ein Mißtrauensvotum erteilt wird.

Dißmann führte aus, daß alle Umstände berücksichtigt werden müssen, um positive und praktische Arbeit zu leisten. 55 Prozent der Mitgliedschaft der Gesamtorganisation heißen die Beschlüsse von Stuttgart in allen Teilen gut, während 45 Prozent an der alten Gewerkschaftstaktik festhalten. Dem Vorstand sei es darum zu tun, eine Spaltung des Verbandes zu verhindern. Ueber die Arbeitsgemeinschaften seien unter den Kollegen die verschiedensten Meinungen vertreten. Dißmann protestiert weiter gegen die Beschimpfung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als gelbe Internationale, die Moskauer Internationale lehnt er ab. (Zwischenruf: Das bestimmen wir! Heiterkeit.) Wir wollen die Betriebsräte zur praktischen und organischen Mitarbeit durch die Gewerkschaften erziehen. Die Rätebefürworter propagieren zwar die Ein- und Durchführung des Rätesystems, wie es aber gemacht werden solle, das überlassen sie den Vorständen. Praktische Vorschläge und Mitarbeit seien wertvoller als hohle Reden. Zu der Resolution Müllers bemerkt Dißmann, daß der Vorstand an seinem Amte nicht klebe, auch er werde eventuell als einfaches Mitglied wieder seine Schuldigkeit tun.

Die Diskussion wird vertagt, eine neue Generalversammlung soll möglichst bald einberufen werden.

Bevorstehender Lohnkampf im Einzelhandel.

Der Tarif der Angestellten in den Einzelhandelsgeschäften ist von den Arbeitgebern gekündigt. Sie haben dem Zentralverband der Angestellten mitgeteilt, daß sie für den Abschluß eines neuen Tarifs vorschlagen, einen Abbau der Gehaltssätze der Lehrlinge und eine Herabsetzung von 5 Proz. an den Gehältern der im 18., 19 und 20. Lebensjahre stehenden Angestellten vorzunehmen und mit den aus anderen Berufen Uebertretenden die Gehälter frei zu vereinbaren.

Zu der durch das Vorgehen der Unternehmer geschaffenen Situation nahmen am Mittwochabend zwei Mitgliederversammlungen der Fachgruppe VII des Zentralverbandes der Angestellten Stellung.

Im überfüllten Saale des Lehrervereinshauses betonte der Referent Bublitz, das Verlangen der Unternehmer, jetzt, wo der Geschäftsgang sich hebt, die Gehälter abzubauen, bedeutet eine Kampfansage an die Angestellten. Für diese ist die Situation jetzt nicht so ungünstig, wie sie beim Abschluß des gekündigten Tarifs war. Sie werden sich eine Herabsetzung der Gehälter unter keinen Umständen gefallen lassen, sich auch nicht mit einer unveränderten Erneuerung des Tarifs begnügen, sondern auf Verwirklichung der Forderungen bestehen, die bei der verflossenen Gehaltsbewegung zurückgestellt worden sind. Wir sind bereit, den uns angesagten Kampf aufzunehmen. Den Zeitpunkt dafür werden wir bestimmen. (Lebhafter Beifall.)

Eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Resolution wurde angenommen.

Lohnbewegung der Angestellten im Saargebiet.

Saarbrücken, 9. September. Die gesamten Angestelltenverbände stellten an den Arbeitgeberverband der Saarindustrie neue Gehaltsforderungen im Hinblick auf die gerade in den letzten Wochen außerordentliche Steigerung der Preise für Lebensmittel und tägliche Bedarfsgegenstände.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlungen morgen Freitag, den 10. September: Norden III, abends 7½ Uhr, im Restaurant Hagenbeck, Müller- Ecke Seestraße. — Reinickendorf: Abends 7½ Uhr im Restaurant Schulz, Wittenau, am Bahnhof. — Siemensstadt: Abends 7½ Uhr im Restaurant Schloßklause. — Tegel: Abends 7½ Uhr im Café Hohenzollern, Straßenbahn-Endhaltestelle.

Wirtschaft

Erkenntnis der Zeitforderung.

Flachs-Handels-Gesellschaft m. b. H., Breslau. Die Mehrheit der Mitglieder des Verbandes deutscher Flachshändler hat sich unter dem obigen Namen zu einer Wirtschaftsgemeinschaft für den Vertrieb von Flachs und Hanf im In- und Auslande und zur Uebernahme von Geschäften des Warenaustausches im Rahmen der Flachs- und Hanfbeschaffung vereinigt. Der leitende Gedanke für die Bildung der F. H. G. ist die Erkenntnis der Zeitforderung auf Vereinheitlichung der Kraftquellen zwecks Steigerung der Produktivität sowie die Einsicht der Notwendigkeit eines geschlossenen Vorgehens zur Wiedererlangung der uneingeschränkten Flachs- und Hanfhandelsrechte. Der Zusammenschluß fällt in eine Zeit, welche die Hoffnung zu einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen der deutschen Regierung und den Oststaaten begründet erscheinen läßt und daher die Frage der Verwendung von Flachs- und Hanfsachverständigen bei gegenseitigem Abkommen der Regierungen in nähere Erwägung rückt. Die deutsche flachsverbrauchende Industrie ist mit wirtschaftlichen Sorgen aller Art stark belastet und braucht einen freien Weg für die Rohstoffversorgung, soll ihr Gedeihen nicht in Frage gestellt werden. Angesichts dieser Lage stellt sich die F. H. G. mit ihrer großen Anzahl von Fachleuten die Aufgabe, nicht nur — wie ehemals beim Flachshandel — eine sachlich vermittelnde Stellung zwischen Erzeugungs- und Verbraucherland einzunehmen, sondern auch nach Kräften mitzuwirken, die sich aus den wirtschaftlichen Gegensätzen der Länder ergebenden Schwierigkeiten zu beheben.

Roddergrube A.-G.-Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk. Die Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube A.-G. in Brühl und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen beabsichtigen für die Dauer von 90 Jahren einen Betriebsgemeinschafts-Vertrag zu schließen, der nachstehendes festlegt:

Die beiden Gesellschaften halten ihre Selbstständigkeit als juristische Person aufrecht, sie bleiben eine jede Eigentümerin ihres Vermögens, je ein Mitglied des Vorstandes wird in den Vorstand der anderen Gesellschaft delegiert; die Geschäftsführung steht dem R. W. E. zu. Der reine Ueberschuß der Roddergrube wird zugunsten oder Lasten des R. W. E. so gekürzt oder ergänzt, daß der Roddergrube nach Berücksichtigung aller Unkosten, Steuern, Zinsen, Abschreibungen pp. alljährlich eine Summe zur freien Verfügung bleibt, welche der dreifachen Dividende entspricht, die nach dem Beschluß der Generalversammlung des R. W. E. auf einen Betrag von nom. 45 Mill. Mark (Höhe des Aktienkapitals der Roddergrube) zur Verteilung kommt. Für die ersten 10 Jahre, also bis Schluß 1930, garantiert das R. W. E. seine Dividenden mit mindestens 8 Proz., d. i. 24 Proz. für Roddergrube.

Das R. W. E. erbietet sich, nach Ablauf des 10. Geschäftsjahres, also zum 31. Dezember 1930, das gesamte Vermögen der Roddergrube (Aktiva und Passiva) zu übernehmen, und zahlt hierfür an die Roddergrube außer den zu übernehmenden Passiven den Betrag von 247 500 000 M. (550 Proz. eines Aktienkapitals von 45 000 000 M.)

So dienen die Schätze der deutschen Erde dazu, einigen Kapitalistengruppen arbeitslos die Taschen zu füllen.

Uebernahme des Forschungsinstituts für Kartoffelbau durch das Reich. Das Forschungsinstitut für Kartoffelbau (Berlin-Steglitz, Lindenstraße 12) und die diesem angeschlossene Deutsche Kulturstation sind mit dem 31. August d. J. in den Besitz des Reiches übergegangen und unterstehen nunmehr dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Aus aller Welt.

Das Wilhelmshavener Explosionsunglück. Die Zahl der Todesopfer bei dem Explosionsunglück in Mariensiel ist noch nicht ermittelt worden, da man an die Unglücksstätte wegen weiterer Explosionsgefahr nicht herankommen konnte. Festgestellt sind bisher 21 Schwerverletzte. Bei den Rettungsarbeiten sind fünf Feuerwehrleute zu Tode gekommen. Heute kann die Gefahr als beseitigt gelten.

Verhaftete Silberschieber. Der Staatsanwaltschaft in Lörrach gelang es am Samstag, an der deutsch-schweizerischen Grenze bei Otterbach zwei Automobile abzufangen, die belgische und französische Silbermünzen in die Schweiz verschieben wollten. Die Insassen der Kraftwagen waren zwei Luxemburger, der eine hatte Silbermünzen im Betrage von 75 000 Frank bei sich, der andere im Werte von rund 100 000 Frank. Das Geld wurde beschlagnahmt und in sicheren Gewahrsam gebracht, die Silbergeldschieber wurden verhaftet. Der Transport sollte anscheinend in Basel in Empfang genommen werden.

Radfahrunglück in Dresden. Wie die Dresdener Morgenblätter melden, ist General v. Laffert Mittwoch abend beim Ueberschreiten der Straße von einem Radfahrer überfahren worden und so schwer zu Schaden gekommen, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben ist.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Jeder Eisenbahner liest!!
zur Förderung seiner beruflichen Kenntnisse die amtliche, von den höchsten Stellen im Eisenbahnwesen empfohlene Hochschulzeitung

Mitteilungen der Fach- und Freien Hochschulen für Eisenbahner.

Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen. Konkurrenzlose Fachzeitung.

Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnwesen. — Die Entwicklung der Siemenswerke. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen in Eisenbahnwerkstätten. — Der Luftdruck, das Barometer. Die Verwendung von flußeisernen Lokomotiv-Feuerbüchsen. — Gleichförmige Bewegung, Beharrungsgesetz, freier Fall, Kraft, Masse und Dichte.

Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband 4 M. pro Vierteljahr, durch die Post 3 M. zuzügl. 30 Pf. Bestellg. Für Vereine billiger. — Probenummern kostenlos.

Anerkannt vorzügliches, wirkungsvolles Insertionsorgan.

Inserate in den „Mitteilungen“ haben nachweisbar den größten Erfolg; die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus sämtlichen Eisenbahndirektionen, Aemtern, Verbänden und über 12 000 Hörern der Fachhochschulen zusammen, die kaufkräftige Klasse der Eisenbahner verbürgt einen solchen.

Von d. höchsten Eisenbahnstellen z. Insertion empfohlen.

Verlag A. Wesemann, Berlin SW 11/150, Königgrätzer Straße 109.
Telephon: Kurfürst 4015. Drahtanschrift: Diweanwo.

Möbel
und kompl. Wohnungseinrichtungen
Herren- u. Speisezimmer
Wohn- u. Schlafzimmer
Hervorragend schön und preiswert
in allen Preislagen u. Stilarten
Klubsessel und Sofas
in Gobelin und Leder
Spez.-Abteilung f. Vermietung
kompletter Einrichtungen, daher
stets viele Gelegenheitskäufe
Kostenlose Lagerung für beliebige Zeit.
M. Markiewicz
G. m. b. H., Berlin W 50, Markgrafenstr. 41

Reichsseife!
helle, Doppelriegel 5.40, Feinseife 2.90 u. a. Krüger, Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Straße 25. Stephan 2348.

Verkäufe

Pelzgarnituren! Alaskafüchse 110, Rotfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, keine Versatzware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus Warschauerstraße 7.

Pelzwaren! Jetzt ganz bedeutend billiger, nur Gelegenheitskäufe: Kreuzfüchse, Zobelfüchse jetzt 78. Posten Pelzkragen, Pelzmuffen jetzt 88, Herren-Pelzkragen jetzt 88 M. Riesenauswahl in allen andern Pelzwaren jetzt fabelhaft billig. Pelzjackets. Pelzhüte. Reparaturen. Umarbeitungen allerschnellstens. Spezial-Pelzwarenhaus, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 113/114, hochparterre. 136 R*

Großer dunkelblauer Kinderwagen mit Gummibereifung preiswert zu verkaufen. Dänenstraße 13, Seitenflügel, IV rechts.

Alaskafüchse 150,—! Kreuzfüchse! Rotfüchse! Riesenauswahl! Uhrenverkauf! Goldwarenlager! Trauringe! Groß-Berlins spottbilligste Einkaufsquelle! „Pelzvertrieb“, Eingang Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof Hochbahnhof).

Silberfüchse 200,—, Alaska-Blau-, Zobel- und Kreuzfüchse, sowie alle anderen Pelzwaren jetzt bis zur Hälfte herabgesetzt. Sonderangebot: Damen-Pelzmäntel, Damen-Garderobe, Herren-Geh- und Sportpelze, Wagenpelze. Ferner Verkauf von Jackettanzügen, Cutaways, Paletots (keine Lombardwaren) zu bekannt billigen Preisen im Leihhaus Moritzplatz 58a, Berlins größtes Spezialhaus dieser Art.

Anmessen Ihrer Herrengarderobe vollständig überflüssig. Im Ersatz-Maßverkauf nur Adalbertstraße 9, I., Station Kottbuser Tor, finden Sie elegante, fertige, in eigener Werkstatt hergestellte Herrengarderobe bis 50 Proz. billiger wie bisher vor: Jackettanzüge, auch blau, Jünglingsanzüge, Cutawayanzüge, Ulster, Manenspaletots, Streifhosen. Geschäftszeit 9—7. Besichtigung unbedingt lohnend.

Umbauplüschsofa, 900, Chaiselongues, 200 bis 550, Patentmatratzen, Auflagematratzen, 10 Jahre Garantie. Walter, Stargarderstraße 18. 1/14*

Plüschsofa, Dipl.-Schreibtisch, eiserne Bettstellen, Jünglingsanzug, Jackleinene Portieren. Dürrwaldstraße 41, Verwalter.

Moebel-Gaebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Jetzt spottbillige Preise in nußbaum Wohnzimmern, einfachen und eleganten Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchen, Polstermöbel. Besichtigung wirklich lohnend.

Küchen, modern, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 300 Mark ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerstraße 23, Schönhauser Tor. K*

Möbel. Infolge günstigen Einkaufs Riesenlager in 4 Etagen. Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen, einzelne Möbel. Auf Wunsch Teilzahlung. Möbelhaus A. Damitt, Rosenthalerstraße 46/47.

Musikinstrumente

Pianos. Stutzflügel. Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente. Reparaturen und Stimmungen. Max Abam, Münzstraße 18. 1592

Einzelspiele Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 1568

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Kaufgesuche

Schallplatten, Walzen, alte kauft Metallkontor M. Jahn, Alte Jakobstraße 128 (Hallesches Tor).

Zahngebisse, Platin, Goldbruch, Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze, Blumenstraße 88.

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstr. 20a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, sämtliche Metalle. 1499

Platin, über Tagespreis. Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 29 I, rechts.

Mauserpistole, Parabellum, kauft oder tauscht gegen Taschenbrowning Benefendorff, Rheinstraße 47, Rheingau 9130. 1085b*

Unterricht

Kaufmännische Privatschule von Hugo Strahlendorff, Beuthstraße 11 am Spittelmarkt, Zentrum 1750. Halbjahres- und Jahreslehrgänge, vormittags 9—1 für jüngere und ältere Damen und Herren zur Ausbildung für das Kontor; für solche mit höherer Schulbildung besondere Lehrgänge einschließlich Englisch und Französisch. Vierteljahreslehrgänge in kaufmännischem Rechnen, Schriftverkehr, Buchführung, Scheck- und Wechselkunde, Kurzschrift, Maschinenschreiben. Lehrpläne unentgeltlich. 1518

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau. Abendlehrgänge. Tageslehrgänge.

Tanzschule Frau Friedrich-Donath, Hofsolotänzerin, Michaelkirchstraße 39. Anfängerkurse, Modetanzkurse. 35 b*

Verschiedenes

Schallplatten, Grammophone, kauft, repariert Pietsch, Greifswalderstraße 47.

Spezialist: Ehesachen, Strafsachen, Gerichtsvertretung, Neukölln, Berlinerstraße 10 (Hermannplatz). 1363

Kunstkopierei Große Frankfurter Straße 67. 589*

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten im Lessensschönen „Wanderbuch“ (6 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 2.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Botenfrauen sucht Zeitungs-Zentrale Greifenhagenerstraße 7.

Aeltere alleinstehende Frau, sehr zuverlässig, zur Führung kleinen Haushalts gesucht. Meldungen Redaktion morg. ½ 11.

Lehrfräulein mit guter Schulbildung für Haus- und Küchengeräte sucht Otto Kempe, Elsenstraße 101. 1758

Annahmestellen von Großdampfwäscherei gesucht. Speziell billige Wäsche für Arbeiter, Angestellte usw. Ladengeschäfte mit geeigneter Wohnung, Privatleute, die einen leichten guten Nebenverdienst suchen, wollen sich melden. Offerten unter „Nk. K. 2008“ Rudolf Mosse, Neukölln, Berliner Straße 41. 5605